

AKU Gronau, BBU ...

Kontakt:

Pressemitteilung (Entwurf), 30.12.2021

Silvester vor 40 Jahren: Land NRW erteilte erste Baugenehmigung für Gronauer Atomfabrik

Zum Jahreswechsel haben Bürgerinitiativen und Umweltverbände die sofortige Stilllegung der bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage in Gronau (NRW) gefordert. Aktueller Anlass der Forderung ist der 40. Jahrestag der Erteilung der ersten Baugenehmigung der bis heute umstrittenen Uranfabrik am Silvestertag 1981. Die Initiativen und Verbände kritisieren, dass trotz beschlossenen Atomausstieg in Gronau weiterhin ohne jegliche Laufzeitbegrenzung Uran für den Einsatz in Atomkraftwerken in aller Welt vorbereitet werden darf.

Gegen den Bau der Urananreicherungsanlage wurden in den 70er Jahren etwa 7000 Einsprüche bei den zuständigen Genehmigungsbehörden eingereicht. Diese wurden dann im Mai 1981 in einem Erörterungstermin behandelt, der zeitgleich mit dem Erörterungstermin zum Bau des Atomkraftwerkes Lingen 2 durchgeführt wurde. Personen, die gegen beide Atomanlagen Einsprüche erhoben hatten, konnten nicht an beiden Erörterungen teilnehmen. Damit wurde deutlich, dass beide Atomprojekte unbedingt gebaut werden sollten – eine umfassende Sachdiskussion der Einwendungen war nicht gewünscht.

Schon direkt nach der Erteilung der ersten Baugenehmigung am 31.12.1981 – es folgten bis 2005 mehrere Ausbaugenehmigungen – forderte der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau von den damaligen NRW-Genehmigungsbehörden (Gesundheitsministerium NRW und Wirtschaftsministerium NRW) die Rücknahme der Genehmigung.. Zur Begründung wurde u. a. betont, dass sich in der Anlage Störfälle ereignen können, dass die Anlage militärisch genutzt werden könnte und dass die Entsorgung des Atommülls nicht gesichert ist. „Die Bedenken von damals sind heute immer noch aktuell – ja, sie sind sogar noch gravierender. Es gab Störfälle in der Anlage, das Atommüllproblem ist weiterhin ungelöst und auch die Relevanz der Urananreicherung für militärische Atomprogramme lässt sich nicht leugnen“, betont der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau. Der AKU Gronau ist nach wie vor gemeinsam mit Initiativen und Verbänden aus NRW, aus dem Bundesgebiet und auch aus anderen Ländern wie Niederlande, Russland und Japan gegen den Betrieb der Gronauer Urananreicherungsanlage aktiv.

Gegen den Bau und Betrieb der Gronauer Urananreicherungsanlage fanden und finden immer wieder unterschiedliche Protestaktionen statt. Die größte Demonstration fand 2011 wenige Wochen nach der Atomkatastrophe in Fukushima (Japan) statt. Ein Ostermarsch führte rund 15.000 Menschen von der Gronauer Innenstadt zur Urananreicherungsanlage. Und seit Ende 1986 finden immer am

ersten Sonntag im Monat Sonntagsspaziergänge an der Anlage statt. Traditionell werden sich so auch am 2.1.22 um 14 Uhr Mitglieder mehrerer Anti-Atomkraft-Initiativen an der Urananreicherungsanlage treffen. Fast genau 40 Jahre nach der Erteilung der ersten Baugenehmigung.

„Vor 40 Jahren hat wohl kaum jemand vermutet, dass der Protest gegen die Urananreicherung in Gronau so langlebig sein wird. Und es wird auch weiterhin von der NRW-Landesregierung, aber auch von der neuen Bundesregierung, die Stilllegung des Gronauer Uranmonsters eingefordert“, so der AKU Gronau.

Und der nächste größere Protesttermin steht auch bereits fest: Karfreitag soll wieder im Schulterschluss mit der Friedensbewegung ein Ostermarsch zur Gronauer Uranfabrik führen.

Weitere Informationen: